**(41) Kap. 14: Konfrontiert mit dem Nationalsozialismus: Was ist „jüdische Identität“?**

Die nationalsozialistische Rassenpolitik beendete die legendäre deutsch-jüdische Symbiose. Sie warf zudem – ein Paradoxon! – die Frage auf, ob diese Symbiose überhaupt jemals Realität gewesen war. Angesichts der Entwicklung, die sich nach 1933 vollzog, war es angemessen, diese Frage zu stellen; die Zweifel, ob die jüdische Bevölkerungsgruppe zu irgendeiner Zeit überhaupt auf wirkliche Akzeptanz gestoßen war, waren berechtigt. In der aktuellen Situation, also in der Zeitspanne vor den Novemberpogromen, die eine erneute Zäsur bilden, führte diese Problemstellung dazu, dass sich unterschwellig eine Diskussion über die „jüdische“ bzw. die „deutsch-jüdische“ Identität entwickelte. Sowohl für die frühen jüdischen Exilanten als auch für die zunächst weiterhin in Deutschland lebenden jüdischen Bürger war diese Frage von Bedeutung, allerdings mit unterschiedlichem Gewicht: für die Exilanten, weil viele von ihnen sich durchaus der Tatsache bewusst waren, dass sie nicht nur aufgrund von politisch, sondern auch aufgrund von rassenideologisch motivierter Verfolgung geflohen waren – für die diejenigen, die einstweilen noch in Deutschland geblieben waren, weil sie sich Klarheit darüber verschaffen mussten, auf welcher Basis und mit welchem Status sie fortan hier leben und auf den sich weiter verstärkenden Druck zu Segregation reagieren sollten: durch Widerstand, Protest – oder mehr oder weniger schweigende Hinnahme der Diskriminierung bzw. durch gezielte Vorbereitung auf die Auswanderung. Im letzteren Fall stellte sich dann die Frage, ob man – sofern es überhaupt möglich war – nach Palästina, in die „jüdische Heimat“, auswandern sollte oder in ein anderes, europäisches oder außereuropäisches Aufnahmeland? – All dies waren Sachverhalte, die eng mit dem Problem des Selbstverständnisses, der Identität, verbunden waren.

Für einen erheblichen Teil der aus jüdischen Familien stammenden Mitglieder des politischen Exils war die Frage des religiösen Bekenntnisses bzw. der jüdischen Abstammung ein Tatbestand, dem sie im Gegensatz zur weltanschaulichen, politischen Orientierung kaum Relevanz zumaßen. Barbara Honigmann, Tochter jüdischer Eltern, die ins Exil gingen und dort Widerstandsarbeit leisteten, zitiert z.B. in folgender Weise das Credo ihres Vaters Georg Honigmann, der nach Ende des Weltkriegs in die DDR zurückkehrte:

„Ich bin ein Urenkel der Aufklärung, und ich habe an Vernunft und an die Idee der Gleichheit und Brüderlichkeit geglaubt. Nicht die Juden von Schtetl waren ‚unsere Leut‘, sondern die Männer der kommunistischen Idee waren es. Außerdem bin ich ein deutscher Jude, ein jüdischer Deutscher, die wollten mich aus Deutschland weg haben, aber ich bin wiedergekommen, das gibt mir Genugtuung. Ich gehöre hierher, auch wenn es mir hier kühl und leer ums Herz ist.“[[1]](#footnote-1)

Die Aussage ist unmissverständlich und in ihrem Tenor keineswegs untypisch, und zwar nicht nur für Kommunisten. Honigmann war sozialistisch-kosmopolitisch geprägt. Eine besondere Verbindung zum „jüdischen Volk“ war für ihn nicht existent. Die Gemeinschaft, der er sich zugehörig fühlte, war die KPD. Die Gemeinsamkeit der politischen Überzeugung, die er hier vorfand, war das verbindende Element sowohl vor als auch nach dem Exil – nicht die Abstammung.

Bezogen auf einen differenten, aber in der Struktur ähnlichen Kontext: die Integration eines „Juden“ in die bereits bestehende und entsprechend organisierte Lagergesellschaft eines KZs, beschreibt der österreichische Sozialist und Soziologe Paul Martin Neurath dasselbe Faktum. Von den Nationalsozialisten aufgrund seiner politischen Opposition gegen die Annexion Österreichs in das KZ Dachau eingeliefert, wegen seiner Abstammung trotzdem mit dem Judenstern gekennzeichnet, stößt er bei den deutschen politischen Häftlingen, der die Lagergesellschaft dominierenden Häftlingsgruppe, gleichwohl auf Akzeptanz:

„Als ich mit dem ersten Transport handverlesener politischer Fälle nach Dachau

kam, war ich einer der Ersten, die von den deutschen Politischen akzeptiert wurden.“ [[2]](#footnote-2)

Speziell in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald bestand zwischen den „politischen“ und den „jüdischen“ Häftlingen üblicherweise eine klare Trennlinie. Die politischen Häftlinge waren die dominante Gruppe, die jüdischen Häftlinge die Parias.[[3]](#footnote-3) Das Beispiel zeigt, dass dieser Abstand im Falle Neuraths durch die politische Gegnerschaft gegenüber dem NS-Regime neutralisiert wurde.[[4]](#footnote-4) Die Abstammung, das zentrale Merkmal des nationalsozialistischen Rassismus, wurde von den nichtjüdischen politischen Häftlingen als ein nicht oder kaum noch relevantes Faktum angesehen; der „politische“ jüdische Häftling wurde akzeptiert. – Dies entsprach im Übrigen Neuraths Selbstverständnis. Er kommentiert diese Negierung des Judensterns mit einem Hinweis auf sein eigenes Selbstverständnis:

„Ich bin kein Jude, sondern Protestant, habe zehn Jahre in einem protestantischen Kinderheim verbracht und hatte niemals irgendwelche Kontakte zu einer jüdischen Gemeinschaft. Einige meiner Großeltern jedoch waren nicht ganz so protestantisch, und ich bekam den Judenstern. Das versetzte mich nebenbei in eine Position, in der ich beobachten konnte, wie man sich fühlt, wenn man als Jude verfolgt wird, ohne mit dieser Gruppe irgendetwas gemeinsam zu haben außer einem gelben Abzeichen. Bis zur Zeit Schuschniggs und später Hitlers hatte das Rassenproblem in meinem Leben nie eine Rolle gespielt. Ich lebte in einem Milieu gemischter Ehen zwischen Juden und Nichtjuden; ein Großteil meiner Verwandten waren Wissenschaftler, Professoren an der Wiener Universität, Künstler und so weiter.“[[5]](#footnote-5)

Neuraths Darlegung macht deutlich, dass die Abstammung für ihn bislang nicht von Relevanz gewesen war. In den Milieus, in denen er verkehrte, spielte sie keine Rolle.

Ähnlich stellt sich das Problem bei einer Reihe jüdischer Wissenschaftler und Künstler nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft dar. Sie sehen sich zwar außerstande, nach Deutschland zurückzukehren, sind aber trotzdem nicht bereit, mit Deutschland endgültig zu brechen. Wie Peter Gay in seinem Essay „Begegnung mit der Moderne. Die deutschen Juden in der Wilhelminischen Kultur“ darlegt, war der Grund das Gefühl einer starken Prägung durch die deutsche Kultur. Sie empfanden diese Prägung als einen zentralen Teil ihrer Identität. Es wäre ihnen als eine Beschädigung dieser Identität erschienen, sich von Deutschland, vor allem von der deutschen Kultur, unwiderruflich zu distanzieren. Als Beispiel führt Gay den Historiker Gustav Mayer an:

„Als Gustav Mayer, der deutsch-jüdische Historiker des Sozialismus, 1947 in London seine Autobiographie schrieb, bekannte er, daß er nie mehr in seine Heimat zurückkehren könne; er würde sich nicht mehr in einem Land zu Hause fühlen, das sechs Millionen seiner Glaubensgenossen abgeschlachtet hatte. Doch er fügte hinzu, er brächte es nicht fertig, sich als reiner Jude zu fühlen oder in Palästina seine Heimat zu sehen. Dafür trage er ‚zuviel geistiges Gepäck‘ mit sich. Aus deutschem Boden entwurzelt, voll Dankbarkeit gegen England, blieb doch ‚trotzdem seiner Gefühlswelt die Heimat unersetzlich. An den Begriffen Heimat, Vaterland hängt unablösbar die Erinnerung an das Elternhaus, die Stätten der Jugend und die Muttersprache.‘“ [[6]](#footnote-6)

Das bedeutet keineswegs, dass diese Intellektuellen nicht bereits vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft: also im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, mit dem Antisemitismus konfrontiert worden wären. Im Gegenteil: Die sozialen und beruflichen Schranken, die in Deutschland Juden den Aufstieg in den Universitäten und in anderen repräsentativen Institutionen versperrten, waren ihnen bekannt. Fast jeder Wissenschaftler und Künstler hatte entsprechende Erfahrungen gemacht. Trotzdem maßen die Betroffenen, wie Peter Gay formuliert, „dem Antisemitismus keine besondere Bedeutung bei; sie hielten das für einen Atavismus, dem eine große Kulturnation wie die deutsche sicher schnell entwachsen würde“.[[7]](#footnote-7) Der Antisemitismus war in ihren Augen „eine Krankheit […], für die manche Deutsche anfällig waren und andere nicht“.[[8]](#footnote-8)

Peter Gay sieht den Grund für dieses Fehlurteil in der Tatsache, dass die meisten jüdischen Künstler und Intellektuellen sich in der deutschen Kultur „wie in ihrem eigenen Elementbewegten“*.*[[9]](#footnote-9) Dies habe zur Folge gehabt, dass sie der Geringschätzung, mit der sie im beruflichen und sozialen Leben immer wieder konfrontiert wurden, nicht die gebührende Beachtung schenkten.[[10]](#footnote-10) Wer in einer derartig engen Beziehung zur Kultur des Landes steht, in dem er lebt, dem ist es tatsächlich unter Umständen unmöglich, sich von diesem Land zu distanzieren. Er differenziert bewusst oder unbewusst zwischen dem Land und der aktuellen Regierung bzw. Regierungsform.

Letztlich dürften Fakten dieser Art die Ursache dafür gewesen sein, dass allenfalls in Teilen der jüdischen Bevölkerungsgruppe ein charakteristisches Gemeinschaftsgefühl: das Bewusstsein einer speziellen „jüdischen Identität“, vorhanden war. Nicht bloß die Assimilation, sondern vor allem der Prozess der *Akkulturation* war so weit vorangeschritten, dass in großen Teilen des sozialen Lebens das Bewusstsein von „Differenz“ nicht mehr vorhanden war. Die Zahl der Mischehen wuchs an; gleichzeitig lockerte sich die Bindung an die Religion immer stärker.

Aufschlussreich ist in diesem Kontext eine Stellungnahme Joseph Roths. In einem Brief an Stefan Zweig vom 22. März 1933 äußert er sich zu Zweigs Pflicht als eines „Europäers“ – also nicht des jüdischen Schriftstellers Zweig! –, gegen die „Bestialität“ des Dritten Reiches öffentlich Stellung zu nehmen. – Roth argumentiert in folgender Weise: Das „jüdische Erbe“, an das auch Zweig gebunden sei, bestehe heute nicht mehr in der Einhaltung des zeremoniellen Rituals, und schon gar nicht in der traditionellen jüdischen Pflicht „zu schweigen und zu leiden“. Wenn man das „jüdische Erbe“ auch heute noch *im Schweigen* sähe, würde man das „2000jährige *nichtjüdische* Erbe“ verleugnen: in diesem Fall „Goethe Lessing Herder“, an dem man als Jude ebenso teilhabe wie am jüdischen Erbe. Es sei dieses nichtjüdische Erbe, dass es jedermann zur Pflicht mache, öffentlich Stellung zu beziehen. – Roth formuliert spöttisch und provokativ. Offensichtlich will er Zweig aus falscher Lethargie reißen:

„Haben Sie Talmud gelernt? Beten Sie jeden Tag zu Jehova? Legen Sie Tefilim? Nein, es ist vorbei – und man trägt eben mitten im Deutschtum als ein Deutscher das Erbe, das von allen anderen Völkern der gesitteten Erde, wenn nicht immer freudig angenommen, so doch zumindest nicht mit dem Gummiknüppel bestraft wird. Im Übrigen: so weise Sie daran tun, jetzt keine repräsentativen Vorträge zu halten: Sie werden sich darüber klar sein, daß ein Widerspruch ist zwischen der durchaus legitimen Haltung eines Europäers, die Sie Zeit Ihres Lebens als ein deutscher Schriftsteller von Rang und Gnaden gegen Bestialität eingenommen haben und der spontanen Besinnung auf die Pflicht zu Schweigen und Leiden, die vielleicht, ja, sicher [!] Ihren Ahnen angestanden hat, aber nicht mehr Ihnen, das freiwillige, meine ich natürlich. Man konnte das 6000jährige jüdische Erbe nicht verleugnen; aber ebensowenig kann man das 2000jährige *nicht jüdische* verleugnen. Wir kommen eher aus der ‚Emanzipation‘, aus der Humanität, aus dem ‚Humanen‘ überhaupt, als aus Ägypten. Unsere Ahnen sind Goethe Lessing Herder nicht minder als Abraham Isaac und Jacob. Im Übrigen werden wir nicht mehr, wie unsere Vorfahren von frommen Christen geschlagen, sondern von Gottlosen Heiden. Hier geht es nicht gegen Juden allein. Obwohl sie, wie immer, das schärfste Geschrei erheben. Hier geht es gegen die europäische Zivilisation, gegen die Humanität, deren Vorkämpfer Sie mit Recht und Stolz sind. (Und gegen Gott)“.[[11]](#footnote-11)

De facto verdeutlicht Joseph Roths Argumentation, dass es zu dieser Zeit – abgesehen von dem vergleichsweise engen Kreis der „politischen Emigration“[[12]](#footnote-12) – von jüdischer Seite zwar zahlreiche Klagen gegen die nationalsozialistische Rassengesetzgebung gab, aber nur wenige überzeugende Stellungnahmen repräsentativer jüdischer Organe. Die jüdischen Organisationen, insbesondere die *C.V.-Zeitung*, hielten sich mit Kritik zurück – sie protestierten sogar gegen dieangeblich *„zügellose“ bzw. „verlogene Greuelpropaganda“*[[13]](#footnote-13) –, die in dieser Frage seitens des Auslands betrieben wurde. Sie desavouierten damit die Bemühungen ausländischer Organisationen, durch öffentlichen Protest der NS-Regierung Einhalt zu gebieten.[[14]](#footnote-14)

In den Augen des politischen Exils, also für die Angehörigen des Parteienexils und des Schriftstellerexils, verlor die jüdische Bevölkerungsgruppe durch das Verhalten ihrer Verbände sowie ihrer Vertreter im Bereich von Wirtschaft und Finanz erheblich an Ansehen. Hier liegt der Ursprung für den generalisierenden Begriff der „Wirtschaftsemigration“, mit der die jüdischen Emigranten speziell von kommunistischer Seite bezeichnet wurden. Die Tatsache, dass die in Deutschland lebenden Juden sich nicht eindeutig artikulierten, trieb einen Keil zwischen die „jüdische“ und die „politische“ Emigration. Der Tatbestand hatte Konsequenzen auch im Bereich der literarischen Entwicklung. Antisemitismus und Judenverfolgung sind – von den bekannten, bedeutenden Ausnahmen abgesehen – Themen, die in der Exilliteratur zu wenig vertreten sind.

So naheliegend die Kritik am Verhalten der jüdischen Verbände und Organisationen aus heutiger Sicht auch ist – diese Kritik unterstellte in Hinblick auf die jüdische Bevölkerungsgruppe eine Geschlossenheit, die in der Realität nicht vorhanden war. Die jüdischen Verbände und Organisationen repräsentierten keine einheitliche soziale Gemeinschaft, sondern jeweils Einzelgruppen. Günter Plum formuliert in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Band *Die Juden in Deutschland 1933 - 1945* den Sachverhalt mit Klarheit und Entschiedenheit:

„Die deutschen Juden erschienen in der antisemitischen Agitation, aber auch in den Vorstellungen vieler Nichtjuden schlechthin als eine geschlossene Einheit, als

homogene Bevölkerungsgruppe mit gleichen Sitten, Gebräuchen und Anschauungen. *Das war in jeder Hinsicht falsch*“.[[15]](#footnote-15)

Sowohl auf religiöser als auch auf politischer Ebene bestanden innerhalb des deutschen Judentums grundlegende Differenzen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen:

„Auf der Ebene der Religion standen liberale gegen orthodoxe Juden; auf der jüdisch-politischen Ebene stritten Juden, die Judentum als nationale Einheit und sich als Volk sahen, gegen diejenigen, die Judentum ausschließlich als Religionszugehörigkeit definierten und die Juden als nur durch ihre Religion miteinander verbunden auffaßten.“[[16]](#footnote-16)

Es gab – um weitere Konfliktebenen anzusprechen – Reformer und Orthodoxe, Zionisten und Antizionisten, Vertreter des Prinzips der Einheitsgemeinde und ebenso Gegner dieses Prinzips: die sogenannte „Austritts-Orthodoxie“. Alle Gruppen besaßen eigene Organisationsformen und z.T. auch eigene Publikationsorgane. – Die dominante Richtung war sicherlich der Liberalismus. Günter Plum sagt über das Selbstverständnis der Liberalen:

„Mit der Bestimmung des Judentums als universaler Religion hatten sich die liberalen Juden argumentativ von religiös-partikularen Bindungen befreit, konnten sich, von der Konfession nicht mehr behindert, als ‚deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ (oder eines anderen Staates) fühlen. Die damit verbundene Eliminierung der Hoffnung auf Rückkehr nach Palästina aus dem Kultus blieb zwar Streitpunkt mit den Konservativen/Orthodoxen auf religiöser Ebene, der Gedanke hatte aber auch für diese Juden eine mehr symbolische Bedeutung angenommen, auch sie verstanden sich in ihrer Mehrheit als Deutsche.“ [[17]](#footnote-17)

Das liberale Judentum wurde durch den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) repräsentiert:

„Der Ideologie des Centralvereins […] zufolge sind die Juden einmal ein Volk gewesen mit ihm eigener Religion, die aber aufgrund der ihr innewohnenden universalen Tendenz die Schranken des Volkstums überwunden hat, indes die Juden infolge der geschichtlichen Entwicklung die Merkmale eines Staatsvolkes (gemeinsames Land, gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur) verloren haben. Unter dem Einfluß der jeweiligen Umwelt, in der sie lebten, hätten sie sich darüber hinaus völlig verschieden entwickelt und im Zuge der Emanzipation kulturell assimiliert. Was die Juden der Welt miteinander verbinde, sei ‚überwiegend die gemeinsame Abstammung und vor allem die gemeinsame religiöse Grundlage‘. Im Mittelpunkt der C.V.-Ideologie stand die politische Konsequenz aus der religiösen Ideenwelt des jüdischen Liberalen in Deutschland, Deutsche jüdischen Glaubens zu sein.“[[18]](#footnote-18)

Diese sehr allgemein gehaltene Formulierung des religiösen wie sozialen Selbstverständnisses machte den C.V. zur bei weitem mitgliederstärksten Organisation des deutschen Judentums:

„Angesichts der religionspolitischen Neutralität fanden im C.V. Juden aller religiösen Schattierungen bis hin zur Indifferenz zusammen, ja für viele Juden, die sich den religiösen Richtungen nicht zugehörig fühlten, wurde die Zugehörigkeit zum Verein zu einer Art Ersatzjudentum. Mitte der 20er Jahre hatte der C.V. 60 000 Einzelmitglieder und eine Reihe korporativer Mitglieder; berücksichtigt man die mittelbaren Mitgliedschaften (Familien), so dürfte der C.V. so etwas wie der ideelle Vertreter von weit über 100 000 deutschen Juden gewesen sein.“[[19]](#footnote-19)

Eine in der Weimarer Republik politisch einflussreiche Organisation war der C.V. jedoch nicht. Den Problemen, die sich nach dem 30. Januar 1933 ergaben, war er infolgedessen in keiner Weise gewachsen. Der „Reichsvertretung der deutschen Juden“, die im September 1933 ins Leben gerufen wurde, ging es ähnlich.

Bei dem Versuch, eine Erklärung dafür zu finden, aus welchen Gründen die jüdische Bevölkerungsgruppe erst so spät die Bedrohung erkannte, die ihr durch die nationalsozialistische Herrschaft erwuchs, ist ein Blick auf die Mentalitäts- und Sozialstrukturen sinnvoll. Monika Richarz, die langjährige Leiterin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, lenkt deshalb die Aufmerksamkeit auf die Merkmale, die jüdische Bevölkerungsgruppe nach wie vor von der Gesamtgesellschaft unterschieden:

„Obgleich die deutschen Juden in kultureller und staatsbürgerlicher Hinsicht vollständig integriert waren, bildeten sie in der Gesellschaft der Weimarer Republik eine noch immer deutlich erkennbare Sozialgruppe. Diese unterschied sich von der übrigen Bevölkerung durch die primären Merkmale Religion, Tradition und Abstammung und durch erworbene sekundäre Sozialmerkmale, wie Sozialschichtung, Berufsstruktur und demographisches Verhalten.“[[20]](#footnote-20)

Monika Richarz richtet ihre Aufmerksamkeit speziell auf die Binnenkontakte auch innerhalb der Teilgruppen wie zwischen Juden und Nichtjuden. Hier zeichnen sich nach ihrem Urteil deutliche Unterschiede ab, die sich selbstverständlich auch auf das soziale Verhalten auswirkten wie auf die Binnenverständigung innerhalb der jüdischen Gesellschaft:

„Den häufigsten Kontakt mit Nichtjuden hatten traditionell die Mitglieder der vermögenden Oberschicht […], ferner die jüdischen Sozialisten, die das Judentum oft ganz aufgaben und aus den Gemeinden austraten, und schließlich als jüngste Gruppe die Mitglieder der jüdischen Restgemeinden auf dem Lande. Die meisten dieser Juden waren dem Judentum stark entfremdet, und viele gingen Mischehen ein. Die Binnenkontakte mit Juden dominierten sicherlich bei den neu eingewanderten Ostjuden, die aus einer stärker nationaljüdisch geprägten Kultur kamen, bei orthodoxen Juden, die durch ihr Leben nach dem jüdischen Gesetz auch von den übrigen Juden sozial abgesetzt waren, und bei den aktiven Zionisten, die über eigene Organisationen verfügten und […] nicht einmal private Kontakte zu nichtzionistischen Juden unterhielten.“[[21]](#footnote-21)

Aufgrund dieses Befundes gelangt Monika Richarz zu klaren Feststellungen. Die sozialistischen jüdischen Milieus reagierten auf die Gefahr, die vom Nationalsozialismus ausging schneller und mit größerer Wachheit:

„Eine wesentliche Rolle bei der Einschätzung der Gefahr des Nationalsozialismus spielte am Anfang die politische Orientierung der einzelnen Juden. Die Sozialisten und Kommunisten jüdischer Herkunft waren sich sofort ihrer besonderen Bedrohung bewußt.“[[22]](#footnote-22)

Völlig gegensätzlich reagierten die konservativen jüdischen Milieus:

„Die politisch konservativen jüdischen Organisationen reagierten 1933 auf den Nationalsozialismus, indem sie sich ihm ideologisch weiter anzunähern versuchten. Der Verband nationaldeutscher Juden und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wendeten sich in nie beantworteten Eingaben an die neue Regierung und betonten ihre deutsche Gesinnung, grenzten sich von den Ostjuden entschieden ab, bejahten das Führerprinzip und boten ihre Mitarbeit an.“[[23]](#footnote-23)

Monika Richarz zieht aus dieser Beobachtung ein deutliches Fazit:

„Je politisch konservativer der einzelne Jude war, desto später bemerkte er im allgemeinen die Gefahr, die von der nationalsozialistischen Politik für ihn persönlich ausging, weil gemeinsame Grundauffassungen antidemokratischen Denkens ihn über die zentrale Funktion des Antisemitismus in der NS-Ideologie hinwegsehen ließen.“[[24]](#footnote-24)

In Bezug auf den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RJF) gelangt sie zu dem Urteil:

„Die Hochschätzung des Soldatentums durch die Nationalsozialisten hatte im RJF die Illusion genährt, jüdische Frontsoldaten könnten in diese Hochschätzung eingeschlossen sein. Die Ausnahmeregelungen im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums schienen die Auffassung zu bestätigen.“[[25]](#footnote-25)

Es waren insbesondere Ausnahmeregelungen wie der „Frontkämpferparagraf“[[26]](#footnote-26), die Desorientierung zur Folge hatten:

„Diese Privilegierung hatte eine zwiespältige Wirkung, denn sie schuf Juden zweierlei Rechts und bestärkte gerade älteren und betont patriotisch gesinnten Juden in der Annahme, daß der neue Staat ihre Verdienste anerkenne und ihnen keine Gefahr drohe. Viele der jüngeren Akademiker entschlossen sich dagegen schon jetzt zur Auswanderung.“[[27]](#footnote-27)

Die jüdische Bevölkerungsgruppe wurde darüber hinaus auch in unterschiedlicher Weise von den beruflichen und wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen getroffen. Auch dieses Faktum hatte zur Folge, dass die Gefahren unterschiedlich beurteilt wurden:

„Fast die Hälfte aller Juden waren Selbständige, die in Handel und Industrie *nicht* von Berufsverboten betroffen wurden, wenn auch ihr Umsatz durch lokale Boykotte zurückging.“[[28]](#footnote-28)

In Hinblick auf die Dominanz des Konservativismus misst Günter Plum dem Einfluss der Berliner Gemeinde auf die Gesamtvertretung der deutschen Juden eine bedeutende Rolle zu. Hier, im Zentrum des Liberalismus, dominierte eine deutsch-konservative Grundeinstellung:

„In der jüdischen Gemeinde Berlin gab es einen quantitativ nicht abschätzbaren Kreis von Liberalen, der sehr radikal die Auffassung von der Zugehörigkeit der jüdischen Deutschen zur deutschen ‚Volksgemeinschaft‘, mindestens aber die Verbundenheit mit ihr, vertrat. Sein Gewicht bezog der Kreis daraus, daß vier bis fünf seiner Anhänger dem Vorstand der Gemeinde angehörten, darunter Heinrich Stahl und insbesondere Bruno Woyda und Moritz Rosenthal; weitere Anhänger waren Mitglieder der Repräsentantenversammlung.“[[29]](#footnote-29)

Fatalerweise trug offenbar auch die zeitweilige Annäherung von Zionisten und Nicht-Zionisten zu einer falschen Beurteilung der Situation bei:

„Doch ist von zionistischer Seite – mindestens im Kreis um die ‚Jüdische Rundschau‘ – die Blumenfeldsche These von der Wurzellosigkeit der Juden in Deutschland erkennbar aufgegeben worden: ‚Ja-Sagen zum Judentum‘ bedeute nicht ‚Nein-Sagen zum Deutschtum‘, bedeute nicht die Empfehlung, sich vom Deutschtum zu trennen.“[[30]](#footnote-30)

Die Folge war, dass die beiden gegensätzlichen Handlungsmaximen: Verbleib oder Emigration, von nun an nicht mehr als sich einander ausschließend verstanden wurden:

„So galt Auswanderung den einen nicht mehr als Verrat am Deutschtum, Bleiben und Positionenhalten den anderen nicht als Verrat am Zionismus.“[[31]](#footnote-31)

In der Krise gewann die zionistische Position immer stärker an Bedeutung. Die Folge war jedoch nur zum Teil eine verstärkte Palästina-Auswanderung – was ohnehin aufgrund der britischen Mandatspolitik schwierig war –, sondern, wie Monika Richarz hervorhebt, auch eine Tendenz, die durch die Rassenpolitik erzwungene Segregation im Sinne der Religion als Teil des traditionellen „jüdischen Schicksals“ zu verstehen:

„Verbunden mit der Besinnung auf die jüdische Identität war oft die Hinwendung zum Zionismus. […] Die zionistische Lehre ermöglichte es, Diskriminierung und Segregation leichter zu ertragen, denn sie erklärte diese als typischen Bestandteil der Diasporageschichte und setzte die Idee der jüdischen Nation und das Ziel der Staatsgründung dagegen. So erleichterte der Zionismus seinen Anhängern die soziale und kulturelle Ablösung von Deutschland und gab ihnen eine neue Identität.“[[32]](#footnote-32)

Unter diesen Umständen bedeutete auch die Gründung der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ im September 1933 noch keinen wirklichen Fortschritt. Hier stand nicht der Widerstand, sondern es standen Selbstbehauptung und Fürsorge im Vordergrund:

„Die Gründung der Reichsvertretung als Antwort auf die nationalsozialistische Bedrohung gab dem Willen der jüdischen Gemeinschaft zur Selbstbehauptung den stärksten Ausdruck. Selbstbehauptung bedeutete jedoch nicht politischen Widerstand. Als eine[r] kleine[n], zumeist bürgerliche[n] Minorität, überaltert, politisch zersplittert und ohne Bündnispartner, fehlte den deutschen Juden jede Voraussetzung für kollektiven politischen Widerstand. Hinzu kam, daß die meisten Juden 1933 den Nationalsozialismus noch für eine vorübergehende Erscheinung hielten, seine volle Gefahr noch nicht erkannten und die Wiederherstellung des liberalen Rechtsstaates erwarteten.“[[33]](#footnote-33)

Monika Richarz weist auch auf den aktiven jüdischen Widerstand hin. Die Möglichkeiten zu aktiver Widerstandsarbeit waren jedoch begrenzt:

„Die jüdischen Mitglieder von Widerstandsgruppen wurden diesen bald zur Gefahr, weil sie als Juden schärfer überwacht wurden. Sie mußten daher entweder […] auswandern oder fanden sich in eigenen Widerstandsgruppen zusammen“.[[34]](#footnote-34)

Juden stellten für die Widerstandsgruppen ein Gefahrenmoment dar. Dies Faktum wird oft übersehen; die Gründe sind jedoch evident. Richard Löwenthal berichtete z.B. im Rahmen eines Vortrags an der Universität Hamburg, dass er selber aus seiner Widerstandsgruppe ausgeschlossen wurde, weil es keine überzeugende Erklärung dafür gab, dass er – ein Intellektueller – sich regelmäßig mit einer Gruppe von Arbeitern traf. Die Überwachungsorgane mussten deshalb zwangsläufig zu der Schlussfolgerung gelangen, dass es sich bei den Treffen um Widerstandsarbeit handelte. Löwenthals persönlicher Ausweg war in diesem Fall die Emigration.

Der Druck der politischen wie der wirtschaftlichen Situation löste starke Verunsicherungen aus. [[35]](#footnote-35) Es setzte eine Flucht in die Verbände und Organisationen ein: ein Zeichen von Ohnmacht und Hilflosigkeit.

Von den 1933 rund 100 000 Betrieben und Geschäften jüdischer Inhaber verschwanden in den beiden Folgejahren 25 000. Die meisten Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe erlitten infolge des Boykotts schwere Umsatzeinbußen. Sie mussten Personal entlassen oder gingen bankrott. Da jüdische Ärzte schon im Sommer 1933 ihre Kassenzulassung und damit einen erheblichen Teil ihrer Patienten verloren hatten, schloss die Hälfte der Praxen bis 1937. Ähnlich erging es den jüdischen Rechtsanwälten.[[36]](#footnote-36) Durch den Außendruck veränderte sich das jüdische Vereinsleben. Binnen weniger Monate wurden aus deutschen Juden oder aus Deutschen, die sich kaum noch ihrer jüdischen Wurzeln erinnerten, wieder Juden. Das zeigte sich im raschen, von Isolation und Angst bewirkten Aufschwung des jüdischen Vereinslebens. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dessen Jugend- und Sportvereine gewannen in wenigen Jahren fast 50 000 neue Mitglieder. Trotz der starken, 1933 sofort einsetzenden Emigration nach Palästina steigerte die Zionistische Vereinigung für Deutschland ihre Mitgliederzahl v0n 7 000 (1932) auf 22 000 im Jahr 1935. Vor allem die jungen Leute wandten sich den Zionisten zu, so vergrößerte sich die zionistische Jugendorganisation Hechaluz („Pionier“) von 500 Mitgliedern im Jahr 1933 auf 16 000 Ende 1935.[[37]](#footnote-37)

Aufgrund des wirtschaftlichen Drucks wuchs bei der jüdischen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit. Während die Zahl der ‚arischen‘ Arbeitslosen zwischen 1933 und dem Sommer 1936 um zwei Drittel zurückging, stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen fortlaufend an: Mitte 1936 wurden mehr jüdische Arbeitslose als zu Beginn der NS-Diktatur gezählt, insgesamt 37 204 – und das, obwohl schon gut 80 000 Juden emigriert waren, überwiegend im besten Arbeitsalter.[[38]](#footnote-38) Bis Ende 1937 hatten mehr als 125 000 Juden Deutschland verlassen; von insgesamt 116 000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 20 Jahren waren 67 000 ausgewandert. Die Folge war Überalterung.[[39]](#footnote-39)

Ebenso signifikant sind auch die Veränderungen im Bereich des Schulwesens. 1933 besuchten 75 Prozent aller jüdischen Schüler öffentliche Schulden, Ende 1937 nur noch 40 Prozent; in Berlin sank die Zahl jüdischer Kinder an öffentlichen Schulen im selben Zeitraum von 12 746 auf 2 704. Gleichzeitig stieg die Schülerzahl an jüdischen Schulen von 2 000 auf 8 845. Man versuchte, die Kinder vom Druck der Außenwelt abzuschirmen.[[40]](#footnote-40) Die Gemeinden wurden unter diesen Umständen zu Selbsthilfeeinrichtungen. Aus religiösen Zentren wurden Hilfsstelle für Rechtsberatung und Fürsorge. Boykottgeschädigten Geschäftsinhabern gewährten sie Kleinkredite, Entlassenen halfen sie bei der Stellungssuche, Jugendlichen vermittelten sie Ausbildungsplätze.[[41]](#footnote-41)

Im Dezember 1934 setzten die Spitzen des NS-Staates die ‚restlose Ausschaltung des Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft“ auf die Agenda. Sie diskutierten die schon mehrfach erwogene umfassende ‚gesetzliche Regelung der Judenfrage‘, die das Eheverbot zwischen Juden und Nichtjuden einschloss und die vollständige soziale Isolierung der jüdischen Deutschen bezweckte.[[42]](#footnote-42) Im Juni 1936 entschied das Leipziger Reichsgericht, dass Verträge mit „Juden“ nicht gültig seien: Das Gericht urteilte, dass die „aus gesetzlich anerkannten rassenpolitischen Gesichtspunkten eingetretene Änderung in der rechtlichen Geltung der Persönlichkeit“ dem in dem Vertrag vorgesehenen Fall des physischen Todes „gleichzuachten“ sei. Damit wurde – so Wolf Gruner – nichts anderes als der „bürgerliche Tod“ der deutschen Juden festgestellt.[[43]](#footnote-43) – Mit dem Urteil des Leipziger Reichsgerichts rückte bereits das Ende des deutschen Judentums ins Blickfeld.

1. Barbara Honigmann: *Damals, dann und danach.* München 2002, S. 13 f. [↑](#footnote-ref-1)
2. Paul Martin Neurath: *Die Gesellschaft des Terrors*. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald. Hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr. Frankfurt a.M. 2004, S. 399. [↑](#footnote-ref-2)
3. Vgl. Wolfgang Sofsky: *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager.* Frankfurt 1997, S. 137 – 151. [↑](#footnote-ref-3)
4. Vor allem Jorge Semprun hat in seinen autobiografischen Romanen über seine Lagerzeit dieses Faktum immer wieder thematisiert. [↑](#footnote-ref-4)
5. Neurath: *Die Gesellschaft*, S. 399. [↑](#footnote-ref-5)
6. Peter Gay: *Freud, Juden und andere Deutsche.* Herrn und Opfer in der modernen Kultur. München 1989, S. 185 f. [↑](#footnote-ref-6)
7. A.a.O., S. 187. – Peter Gay bezieht sich hier auf Ernst Cassirer. [↑](#footnote-ref-7)
8. Ebd. [↑](#footnote-ref-8)
9. Ebd. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-9)
10. Peter Gay verweist darauf, dass die Musik Mozarts für Cassirer sein „wahres Element“ gewesen sei, Cassirer „kannte dessen Kammermusikwerke, Symphonien und Opern auswendig – sie ‚gehörten […] zu der Luft, in der er atmete‘“ (A.a.O., S. 188). Gay beruft sich hier auf Toni Cassirers Autobiografie *Aus meinem Leben mit Ernst Cassirer.* [↑](#footnote-ref-10)
11. Joseph Roth: *Briefe 1911 – 1939.* Hrsg. Von Hermann Kesten. Köln/Berlin 1970, S. 257. [↑](#footnote-ref-11)
12. Auf die Reaktion von Schriftstellern und Künstlern wurde bereits in Abschnitt (5), (6), (7), (8), (13), (16), (18) und (19) hingewiesen. [↑](#footnote-ref-12)
13. Vgl. hierzu Avraham Barkai: *„Wehr dich!“* Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893 – 1938. München 2002, S. 280 – 284. Die Distanzierung geschah selbstverständlich unter politischem Druck. Nichtsdestoweniger war sie ein Fehler. [↑](#footnote-ref-13)
14. Barkai: *„Wehr dich!“,* S. 279. [↑](#footnote-ref-14)
15. Günter Plum: Deutsche Juden oder Juden in Deutschland? – In: *Die Juden in Deutschland 1933 – 1945.* Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz. 3., durchgesehene Auflage. München 1993, S. 35 – 74, hier S. 35. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-15)
16. Ebd. [↑](#footnote-ref-16)
17. S. 41. [↑](#footnote-ref-17)
18. Ebd. [↑](#footnote-ref-18)
19. S. 42. [↑](#footnote-ref-19)
20. *Jüdisches Leben in Deutschland.* Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918 – 1945. Hrsg. u. eingeleitet von Monika Richarz. Stuttgart 1982, S. 26 (zitiert: Richarz: *Jüdisches Leben*). [↑](#footnote-ref-20)
21. S. 27. [↑](#footnote-ref-21)
22. S. 41. [↑](#footnote-ref-22)
23. S. 46. [↑](#footnote-ref-23)
24. Ebd. [↑](#footnote-ref-24)
25. S. 57. [↑](#footnote-ref-25)
26. Iin Zusammenhang mit dem Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. [↑](#footnote-ref-26)
27. S. 42. [↑](#footnote-ref-27)
28. Ebd. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-28)
29. Günter Plum: *Deutsche Juden*, S. 53. [↑](#footnote-ref-29)
30. Plum: *Deutsche Juden,* S. 63. [↑](#footnote-ref-30)
31. Plum: *Deutsche Juden* S. 64. [↑](#footnote-ref-31)
32. Richarz: *Jüdisches Leben,* S. 44. [↑](#footnote-ref-32)
33. S. 46. [↑](#footnote-ref-33)
34. S. 46. [↑](#footnote-ref-34)
35. Ich stütze mich dabei auf Wolf Gruners „Einleitung“ zu Bd. 1 von *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945.* München 2008. [↑](#footnote-ref-35)
36. A.a.O., S. 41. [↑](#footnote-ref-36)
37. Ebd. [↑](#footnote-ref-37)
38. S. 42. [↑](#footnote-ref-38)
39. S. 43. [↑](#footnote-ref-39)
40. S. 41. [↑](#footnote-ref-40)
41. S. 42. [↑](#footnote-ref-41)
42. S. 44. Wolf Gruner verweist dazu auf das Dok. 146, eine Besprechung beim Stab des Stellvertreters des Führers in München am 20. Dezember 1934 über eine „besondere Judengesetzgebung“ (S. 391 f.). [↑](#footnote-ref-42)
43. S. 46. [↑](#footnote-ref-43)